

# Zeichen der Zeit verstanden?

## Eine Meinung

Die Nachrichten überschlagen sich. Jeden Tag aufgeregte Spitzenmeldungen in den Medien.

In Thüringen wird plötzlich ein Mann der 5%-FDP mit Stimmen der CDU und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt und tritt einen Tag später nach heftigen Protesten auf der Straße und in den Parteizentralen zurück. Die CDU weigert sich zunächst weiter, den von den Bürgern des Freistaats allgemein anerkannten Ministerpräsidenten der Linken an der Spitze einer Minderheitsregierung zu wählen und seine Vorhaben projektbezogen im Interesse des Landes zu unterstützen oder zu tolerieren. Demagogisch erklären sie ihn persönlich sogar zum Wahlverlierer, obwohl seine Partei mit 31 Prozent Zustimmung die meisten Stimmen erhalten hat, schlicht vergessen werden soll, dass die Koalition in Thüringen wegen der Schwäche der SPD und der dortigen Grünen keine Mehrheit erhalten hat. Neuwahlen will die CDU vor Ort aber auch nicht, sie könnte ja selbst in der Bedeutungslosigkeit versinken, ihr Spitzenmann tritt von allen Ämtern zurück. Den CDU-Abgeordneten in Thüringen schlägt dann doch das Landesgewissen, sie vereinbaren entgegen dem Verbot ihrer Berliner Parteiführung einen „Stabilitätspakt“ mit dem Linken Ramelow und seiner geplanten Minderheitsregierung. Das Adenauer-Haus ist empört. Nachdem die Kungelei mit Nazis und Faschisten von der deutschen Öffentlichkeit nicht geduldet wurde, gelten plötzlich ideologische CDU-Parteitagsbeschlüsse zur strikten Abgrenzung nach links wie Dogmen des früheren SED-Politbüros: Unanfechtbar, unumstößlich; Parteiausschluss, Sanktionen drohen. Oder sind das nur Scheingefechte? Ein prominenter Journalist der Süddeutschen Zeitung prognostiziert gar, dass in Erfurt mit der Zurückweisung dieser Wahl mit Hilfe der Rechten jetzt ein wichtiger Schritt zur deutschen Einheit gegangen wurde. Zeichen der Zeit?



Wohl noch nicht verstanden! Die Berliner CDU-Führung enthauptet sich im allgemeinen Tohuwabohu sogar noch freiwillig und will neue Kandidaten für den Parteivorsitz und das Kanzleramt gewinnen, die sich aber mit Ausnahme eines früher von der CDU-Kanzlerin Geschassten zunächst nicht freiwillig melden. Dieser erste Bewerber Norbert Röttgen aber verspricht wie die anderen möglichen Kandidaten, den bisherigen CDU-Kurs uneingeschränkt weiter zu fahren, also auch die Abgrenzung nach links mit historisch überholten Argumenten. Er erklärt die Linken zu Putin-Freunden und übersieht, dass es im Osten auch viele CDU-Mitglieder gibt, die – schon aus wirtschaftlichen Gründen – dafür eintreten, das Verhältnis zu Russland auf dauerhaft friedliche Füße zu stellen. Er schwadroniert im Fernsehen von Werten und Wählerversprechungen und merkt nicht einmal, wie er entgegen der veränderten öffentlichen Meinung sich fast um Kopf und Kragen redet. Seine Konkurrenten Friedrich Merz und Armin Laschet (im Gespann mit Jens Spahn) machen es nicht besser. Merz erdreistet sich gar in Aschermittwoch-Laune unter dem Jubel Thüringer CDU-Mitglieder in Apolda, den Linken Ramelow für das politische Desaster in Thüringen verantwortlich zu machen, und scheut sich nicht, Argumente der Rechten gegen die Migration zu gebrauchen. Ansonsten

Phrasen über Phrasen: Aufbruch und Erneuerung oder Kontinuität und Zusammenhalt, Brandmauer nach rechts und eine ebenso dichte Mauer nach links, natürlich aus angeblich unterschiedlichen Gründen. Hohles Geschwätz auf jeder Bühne und Talk-Show. Noch getraut sich keiner, die Autorität der ostdeutschen Kanzlerin in Frage zu stellen, so sehr die Journalisten auch danach bohren. Und auf die Frage, warum nach Merkel und AKK nun keine Frau mehr bei der CDU im Rennen ist, kommen alle ins Stottern. Man wird sehen, wer Ende April in der ziemlich gespaltenen CDU das Sagen haben wird. Auf große Zustimmung im Osten kann wohl keiner bauen.

Die FDP heuchelt Entschuldigungen wegen der Mausehelei mit der AfD, taumelt vor sich hin, fliegt aus der Hamburger Bürgerschaft und schwatzt aber schon wieder von Hoffnungen für einen neuen Anlauf für eine Jamaika-Koalition 2021. Die seit 2005 regierende deutsche Kanzlerin aus dem Osten regiert in der GroKo mit der SPD ohne Esprit, geistert auf europäischen Gipfeltreffen, in Asien oder Afrika herum, schaut meistens zu oder will plötzlich ohne eigene Kompetenz Wahlergebnisse in deutschen Ländern rückgängig machen. Die neue, bisher kaum akzeptierte SPD-Führung staunt ungläubig und hofft, dass sie diesmal ohne Schaden aus der Krise kommt. Die Linke reibt sich die Hände und hofft auf mehr Stimmen und Parteieintritte, um dem eigenen weltfremden Ziel Sozialismus ein Stück näher zu kommen und sich dabei in Ruhe bei Strategiedebatten weiter selbst zerstreiten zu können.

Die Grünen profitieren in Umfragen von den Schwächen der anderen Parteien und vom großen Thema der Zeit, dem Klimawandel, obwohl auch sie für viele Wähler eher Beschränkungen anzubieten haben denn begeisternde Lösungen. Ihre beiden Vorsitzenden Robert Harbeck und Annalena Baerbock sind aber für viele Sympathieträger, weil sie flexibel argumentieren und einen ehrlichen Eindruck machen. Ihr Erfolg zeigt, dass pragmatische Lösungsvorschläge geeignet sind, Zustimmung zu erhalten. Diese Partei greift mehr und mehr auch einem Zeitgeist von Veränderungen in der Lebensweise von Menschen auf und bestärkt diese: Radfahren statt Autofahren, vegetarisch essen statt Fleisch fressen, wandern statt fliegen. Und noch gelingt ihr ein vorsichtiger Spagat hin zur Wirtschaft, die sie angesichts ihrer Machtoptionen für künftige Regierungen nicht verprellen will. Ein „grüner Kapitalismus“? Wohl eine Illusion, aber Schwarz-Grün oder Grün-Schwarz eine reale Option? Deshalb können sich viele Wähler auch Robert Habeck sogar als Bundeskanzler vorstellen. Oder doch Grün-Rot-Rot unter diesem Kanzler?

Die AfD hatte 2017 versprochen, die anderen Parteien zu jagen. Dieses Versprechen hat sie wohl erfüllt. Noch immer wird sie vor allem im Osten von vielen gewählt, weil diese Wähler es allen anderen Mal zeigen wollen. „Besorgte Bürger“, „Protestwähler“, „Abgehängte“ sind westlich geprägte Zuschreibungen, die den Kern der Sache nicht treffen. Es sind oft die geplatzten Illusionen und Enttäuschungen vieler Ostdeutscher von westlicher Freiheit und Konsum, den man einige Zeit ausgekostet und genossen hat, jetzt aber die damit verbundene Manipulation und Zumutungen mehr und mehr merkt. Es ist der Protest gegen westliche Arroganz in allen Lebensbereichen, egal ob bei der Besetzung von Führungspositionen oder beim Fernsehprogramm, egal ob bei Parlamentsentscheidungen oder Regierungsverlautbarungen. Das ist Humus für die AfD, die wegen allgemeiner Meckerei viel Beifall bekommt. Nur gehen ihr jetzt angesichts der Folgen ihrer Hetze nach und nach die Argumente aus. Schon rudern sie rhetorisch zurück, ohne von ihren rechten Positionen grundsätzlich abzuweichen. Sie wollen wohl doch die Demokratie verjagen. Nazis wollen mehr und mehr das Sagen haben. Jeder, der ihre Thesen nachdenklich prüft, muss aber merken, dass diese rechten Demagogen gefährlich sind und keine Lösungen für reale Probleme anzubieten haben. Neue radikalisierende Enttäuschungen sind so vorprogrammiert. Das Heer der Nichtwähler kann so noch größer werden.

Fassungslos blicken viele Wähler auf die Parteienlandschaft und fragen sich, wem man noch vertrauen und wen man noch wählen kann. Die bürgerliche Demokratie in der Krise? Zweifellos. Daran ändert auch das Wahlergebnis in Hamburg nichts, selbst wenn jeder Wähler ab 16 Jahre dort jetzt schon 10 Stimmen zur freien Verteilung hatte. SPD und Grüne erhielten den Wählerauftrag, weiter zu regieren. CDU, FDP und AfD verloren an Stimmen, die FDP ist keine Fraktion mehr. Ist das schon eine Tendenz nach links? Wohl übertrieben.

In der Zwischenzeit erschießt in Hanau ein deutscher Rassist aber legaler psychopathischer Waffenbesitzer in der deutschen Karnevalszeit neun in Deutschland geborene Bürger des Landes kurdischer Abstammung, seine Mutter und sich selbst. Ein antirassistischer Aufschrei geht durchs Land, niemand will an solcher Menschenverachtung schuld sein, Politiker sowieso nicht, Medien natürlich überhaupt nicht, das Volk gleich gar nicht. Selbst in Karnevalskostümen werden Schweigeminuten abgehalten. Der Bundespräsident und die zuständigen Minister eilen zum Tatort und kondolieren, der Innenminister will künftig besser bewachen und erklärt den Rechtsterrorismus aktuell zur größten deutschen Bedrohung, die Justizministerin verspricht schärfere Gesetze und energischere Kontrollen. Reflexartige Reaktionen und viel Heuchelei wie bei ähnlichen Vorkommnissen zuvor. Waffen werden wohl künftig doch nicht weggeschlossen. Die AfD will sich sogar jetzt in Worten mäßigen. Deutschland gleicht 30 Jahre nach seiner friedlichen Wiedervereinigung Absurdistan: Links, rechts, Mitte, überall Scherben? Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit, Unsicherheit und Angst bestimmen den Diskurs. Die Sehnsucht nach einer ordnenden Hand wächst allerorten. Gab es das nicht schon einmal in Deutschland?

Die Medien kommen kaum den Ereignissen mehr hinterher. Sondersendungen und Programmänderungen häufen sich. Langsam geht der Überblick verloren, wer ist wer, was war wann, was war heute, was gestern, was ist wichtig, was nicht, wer meint was, was hat wer gestern gesagt, was heute, was denken die Leute, was sollten sie denken, was sagen Umfragen, was soll man wählen? Chaos pur. Dazu noch eine hysterisierende Corona-Epidemie, Quarantäne wird wohl das meist benutzte Wort des Jahres, man hat jetzt schon Glück, wenn man nur an Grippe stirbt. Niemand weiß mehr, was er wie sagen soll. Darf man noch die Wohnung verlassen, zum Sport gehen, in S- und U-Bahn fahren. Wird man bald eingesperrt, wenn man husten muss? Die Ärzte sind überlastet und oft gar nicht mehr erreichbar. Journalisten fragen sich verzweifelt, wem sie welche Frage stellen sollen und welche Antworten sie eigentlich erwarten? Hass und Beschimpfungen mehren sich. Hysterie am laufenden Band. Dabei merken manche Medien immer weniger, dass sie dabei sind, ihre aufklärende und ordnende Autorität zu verlieren. Sensationslüstern rühren sie im Meinungsbrei und versuchen sich in political correctness, machen gar entgegen ihrer eigentlichen Intention Rechte zu bedauernswerten Opfern und stärken sie so, verprellen immer mehr Zuschauer, streiten aber immer noch um Quoten und höhere Gebühren.

In einem Land von bürgerlicher Demokratie und Freiheit gehen die Meinungen wie wild durcheinander. In den (un)sozialen Netzwerken der zunehmenden Digitalisierung kann jeder wie er will seinen Unrat verbreiten. Vernünftiges wird überlesen oder nicht gehört. Alle hängen am Handy und verfolgen die stündlich sich ändernden Nachrichten und Meinungen. Viele kotzen sich dort selbst aus. Nur wer nicht bei Facebook und Twitter ist, kann die ihm zufließenden Informationen noch im gewissen Maße selbst bestimmen. Nirgendwo gibt es Stopp-Zeichen. Jeder will Recht haben, Besinnung und Nachdenken – Mangelware, stattdessen Hass und Hetze, Panik und Verwirrung. Ist das Volk zu dumm, um durchzusehen? Wählt es die falschen Leute? Sind Digitalisierung und Internet der Teufel des 21. Jahrhunderts?

Und das alles in einem globalen Irrenhaus. Trump regiert mit dumpfer Dummheit die Welt und die Aktienkurse steigen dort bis zur Corona-Krise trotzdem. Europa ist zerstritten, jeder ist sich selbst der nächste, Großbritannien tritt gar aus der EU aus. Russland wird 75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus durch die Rote Armee wie früher als ewiger Feind betrachtet, die NATO rückt Russland immer mehr auf die Pelle. Gerade werden 20 000 US-Soldaten mit Panzern nach Polen zu einem NATO-Manöver an die russische Grenze verlegt. War das 1990 der zusammenbrechenden Sowjetunion nicht anders versprochen? China wird zur Weltmacht, bestimmt den wirtschaftlichen Takt, kauft in Deutschland Fabriken und droht der Welt, sie mit seinen Viren in Husten und Atemlosigkeit zu ersticken. Schon stürzen die Aktienkurse ins fast Bodenlose. Im Nahen Osten sind weiter Menschen auf der Flucht, die eigentlich Schuldigen, die Dschihadisten, die gegen eine rechtmäßige Regierung kämpfen, werden gar nicht mehr als Schuldige erwähnt, nur der Staat Syrien und die Russen sind die Bösen. Die Türkei droht Russland mit Krieg und der EU mit neuen Flüchtlingen. Trump schließt in Afghanistan ein Abkommen mit den Taliban und will alle Truppen zurückziehen. Was haben militärische Einsätze des Westens in den vergangenen 20 Jahren gebracht? Im Irak, in Afghanistan, in Libyen? Nichts, nur Krieg und Leid, Tod, Hunger, Geflüchtete. Diplomatie wirkt mittlerweile wie aus der Zeit gefallen, Tweets auf Twitter bestimmen heute, was auf der Welt zu geschehen hat. Israel wird neue Siedlungen in Ost-Jerusalem bauen und jubelt über Trumps Plan, die Palästinenser weiter zu diskriminieren. Eine Zwei-Staaten-Lösung scheint für immer aussichtslos! Die Migration aus dem Nahen Osten und aus Afrika bedroht weiterhin Europa, ein ernstes Problem, das nur durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit gelöst werden könnte. Aber nichts geschieht. Und an all diesen Konfliktherden soll sich Deutschland nach Meinung führender Politiker der CDU/CSU und der SPD auch militärisch mehr engagieren. Ist Frieden kein heiliges Gut mehr? Sind 75 Jahre Frieden nun genug?

Orkane fegen durch Europa. Überschwemmungen, Hochwasser, gesperrte Bahnstrecken. Wintersport gibt es fast nur noch auf Kunstschnee, die Krokusse blühen schon im Januar, Wälder vertrocknen und werden von Insekten zerfressen. Klimawandel heißt das Wort, das alles erklärt, nach Meinung der Wissenschaft von Menschen gemacht. Eine gewissenlose Lebensweise sei schuld. Dabei wird diese täglich in der Werbung propagiert. Sie ist ein Produkt des Kapitalismus und sein Erfolgsrezept. Wachstum, Wachstum, vor allem die Profite. Die Erde erwärmt sich dabei weiter, die Pole und Gletscher schmelzen. Tierarten sterben, Bienen verrecken, aber es fahren immer mehr Autos auf den Straßen, immer mehr Menschen fliegen durch die Welt oder genießen ihren Wohlstand auf riesigen Kreuzfahrtschiffen. Die ziemliche Hilflosigkeit, die Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern und seine wirtschaftlichen Folgen zu beschränken, ist ein Beispiel dafür, was ungezügelter wirtschaftlicher Globalisierung und weltweiter Tourismus bewirken können. Ist die Menschheit von Sinnen, ist die Erde noch zu retten? Ihr selbst droht wohl keine Gefahr, der auf ihr lebenden Menschheit sehr wohl.

Das Beschriebene könnte einem zum Wahnsinn treiben, wenn es da nicht andere Zeichen der Zeit gebe. Nach dem Tabu-Bruch der Kungelei mit Nazis in Erfurt waren sofort Menschen auf der Straße und haben ihre Stimme dagegen erhoben. Das Wahlergebnis konnte dort zunächst storniert werden. Auch haben politische Parteien die Gefahren erkannt und gehandelt. Nach den Hanauer Morden wuchs innerhalb weniger Tage eine antifaschistische Front gegen rechts und besonders auch gegen die AfD. Selbst Parteien gaben antifaschistische Schwüre ab. Die Zivilgesellschaft, so differenziert sie auch sein mag, lebt und reagiert emotional und immer noch mit Sachverstand. In einem Frankfurter Fußballstadion wurde von Tausenden „Nazis raus!“ gerufen. Alle Sprüche der Regierenden in den letzten Jahren gegen Migration, gegen angebliche Überfremdung, gegen Multikulti, gegen Abschottung und Ausgrenzung zerfielen plötzlich zu Staub. Demut bestimmte das Auftreten des Bundespräsidenten, der Minister, der Politiker. Merkels umstrittener Satz „Wir schaffen das!“ war

plötzlich wieder sagbar. Es gibt offensichtlich einen Konsens in der Gesellschaft, der heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Daran müssen sich mehr und mehr alle, die öffentlich eine Meinung äußern, messen lassen. War 2015 das damalige „Welcome refugees!“ an den Grenzübergängen und Bahnhöfen doch von Herzen gesprochen und nicht bloß ein deutscher Werbegag? Dreiviertel der damals gegründeten Bürgerinitiativen, die Flüchtlinge unterstützten, gibt es heute noch.

Kann man in diesen Entwicklungen bereits Transformationen erkennen, die hoffnungsvoll stimmen könnten?

Zweifellos. Ich mache mich auf die Suche nach ermutigenden Spuren.

Was fällt zunächst aber auf? Positive Veränderungen resultieren kaum noch aus vorausschauendem Handeln von Politikern entsprechend ihrer Vorgaben aus Parteiprogrammen. Sie sind nur noch selten Resultat demokratischer Erörterungen verschiedener Konzepte um langfristige Lösungen. Nein, sie sind mehr und mehr durch offensichtliche Katastrophen oder dem Druck der Zivilgesellschaft erzwungene Entscheidungen des Staates. In Deutschland wären Atomkraftwerke nicht abgeschaltet worden, wenn es Fukushima nicht gegeben hätte. Erst als der Zuzug nach Berlin immer größer wurde, stellte sich heraus, dass das Konzept des früheren Berliner Senats, aus Spargründen Wohngebäude abzureißen und Schulen stillzulegen, ein falsches war. Das Schrumpfen der Mitarbeiter in Behörden des Staates (Bürgerämter, Justiz, Polizei, Feuerwehr) als Sparmaßnahme stellte sich spätestens in der sog. Flüchtlingskrise als falsch heraus, weil die staatlichen Aufgaben nicht weniger wurden, sondern zunahm. Die Sicherheitserfordernisse verlangten sogar eine Stärkung von Polizei und Justiz. Mittlerweile werden verzweifelt Lehrer und Erzieher gesucht, Pflegerinnen kommen aus Polen und anderen Ländern. Ein Zuwanderungsgesetz, vor Jahren hoch umstritten, regelt ein Stück Migration.

Die Privatisierung der Infrastruktur im Verkehr, Energie und bei der Wasserversorgung erwies sich als ein Irrweg, der jetzt teilweise rückgängig gemacht wird. Jetzt werden gar Projekte der unentgeltlichen Nutzung des ÖPNV ausprobiert. Vor Jahren noch fast undenkbare Lösungen – oder als Sozialismus verschriene Ideen – scheinen heute schon als fast selbstverständlich. Dazu gehört zum Beispiel das Recht auf einen KITA-Platz, die Abschaffung der KITA-Gebühren, das kostenlose Essen in der Schule, die unentgeltliche Nutzung des ÖPNV durch Schülerinnen und Schüler. Heute gibt es ein Mütter- und Väter-Jahr, Home-Office und flexiblere Arbeitszeiten. Der Mindestlohn ist heute weitgehend Norm und gesellschaftlich akzeptiert. Die SV-Regelungen im Krankheitsfall sind selbstverständlich, die Praxisgebühren wurden wieder abgeschafft, die Rezeptzuzahlungen gedeckelt. Bei allem Streit, jüngst wurde dennoch eine bescheidene Grundrente eingeführt, die vor allem Frauen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Rentenalter etwas besserstellen soll. Die Renten steigen jährlich nach dem Maß der Inflation. Trotzdem wird wohl eine neue Rentenkonzeption notwendig sein, damit auch die junge Generation davon noch etwas hat.

Es fällt auch auf, dass trotz Propagierung eines grenzenlosen Liberalismus in der kapitalistischen Gesellschaft offensichtlich die Rolle des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft zunimmt. Er ist wohl doch nicht nur das Instrument einer herrschenden Klasse. Das heißt wohl noch nicht, dass dies plötzlich einen Weg zu einem neuen Sozialismus aufzeigt, den, wie Reaktionen auf mein Buch ZUSAMMENBRUCH mir zeigen, auch kaum noch jemand will. Das Allgemeinwohl erzwingt jedoch gesetzliche Regelungen und administratives Wirken. Wenn diese dem Profitstreben der Wirtschaft nicht direkt entgegenstehen, finden sie sogar aus dieser Ecke allgemeinen Beifall (vor allem wenn dies mit finanzieller Förderung verbunden ist), schränken sie dieses jedoch ein, gibt es Widerstand von Parteien und Lobby-Verbänden, bedarf es zivilgesellschaftlichen Drucks, um diese dennoch

gesellschaftlich akzeptabel zu machen. Für den Kohleausstieg wurde sogar ein Kompromiss zwischen Wirtschaft und Umweltverbänden ausgehandelt. Den Energieunternehmen wird das Risiko vom Staat beim Kohleausstieg mit Milliarden minimiert. Mit staatlichen Geldern sollen ganze Landstriche wirtschaftlich umgestaltet werden. Nach umfangreichen Steuersenkungen in den 1990er Jahren werden in jüngster Zeit Forderungen in diese Richtung eher überhört. Die Linken und die SPD verfolgen Pläne zur Erhöhung von Steuern für Reiche und Vermögende. Selbst wenn demnächst der Solidaritätszuschlag abgeschafft wird, ändert das nichts daran, dass der Staat auf seine steigenden Einnahmen beharrt und Schulden vermeiden will, was natürlich seine Spielräume für gesetzgeberische Maßnahmen erweitern hilft, selbst wenn davon ein Teil in sinnlose und politisch umstrittene militärische Ausgaben fließen sollte. Wünschenswert wäre natürlich, dass der Staat noch effektivere Schritte unternimmt, um Steuerhinterziehung zu begegnen. Jüngst wurde jedoch eine lächerliche Bonpflicht für kleinste Beträge eingeführt, um mehr Steuern einzunehmen.

Immer dann aber, wenn der Staat in Eigentumsrechte eingreifen will, gibt es viel Aufschrei und Auseinandersetzungen, so jüngst beim Rückkauf von Wohnungen in Berlin und deren Überführung in kommunales Eigentum oder bei der Deckelung der Mieten in Berlin. Es wird noch einige weitere Ideen brauchen, um die sozialen Probleme der Mieter in einem gesellschaftlichen Konsens zu lösen. Die Erfahrungen mit dem „Mietendeckel“ werden dafür wohl nützlich sein.

Es gibt noch andere gesellschaftliche Veränderungen, die heute niemand mehr erregen. Dazu gehören zum Beispiel die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen, die Möglichkeit, gleichgeschlechtliche Lebenspartner zu heiraten (Homo-Ehe), Fortschritte bei der Gleichberechtigung der Frauen wie zum Beispiel Quotenregelungen auf Wählerlisten und Vorständen, veränderte Wahlverfahren in einigen Parteien (Mitgliederentscheid statt Parteitag), die Reduzierung des Wahlalters auf 16 Jahre in einigen Bundesländern. Umstritten bleiben jedoch noch Schwangerschaftsabbruch und das Recht auf eigene Entscheidung über das Lebensende im Krankheitsfall, wobei das BVG jüngst auch hier das jetzt geltende Strafrecht für verfassungswidrig erklärte. Diese Veränderungen und ihre gesellschaftliche Akzeptanz wurden alle durch zivilgesellschaftlichen Druck erreicht.

In jüngster Zeit wurden selbst große strategische Entscheidungen von wirtschaftlicher und politischer Bedeutung durch zivilgesellschaftliches Engagement bewirkt. So beschloss der Bundestag ein erstes „Klimapaket“, nachdem Jugendliche in der Bewegung „Fridays for future“ Woche für Woche auf die Straße gegangen sind und der Bevölkerung nicht mehr erklärbar war, warum die EU-Klimaziele in Deutschland verfehlt werden. Der Diesel-Skandal der Auto-Industrie produzierte als erste Gegenreaktion das Bestreben nach umweltverträglicheren Lösungen im Verkehr, forcierte aber auch die Auseinandersetzung um umweltgerechtes Verhalten generell. Wenn aber durch steuerliche Förderung des Flugverkehrs, durch Steuererleichterungen für das Pendeln mit dem eigenen Auto, Subventionen für Diesel und Elektroautos geht dies genau in die falsche Richtung. „Freie Fahrt für freie Bürger!“ ist eine überholte Losung. Sie ist aber noch so wirkmächtig, dass ein Tempolimit auf der Autobahn bislang verhindert wurde. Moralische Keulen und Verbotsandrohungen sind jedoch wenig erfolgreich, solange es keine akzeptablen Alternativen angeboten werden und die soziale Umgebung der Menschen eher umweltschädliches Verhalten fördert oder toleriert. Auch sind oft solche Maßnahmen für sozial Schwache eher eine soziale Drohung denn eine Aufforderung zu umweltgerechtem Verhalten.

In der gesellschaftlichen Debatte fällt auf, dass die früher hoch emotional geführten Auseinandersetzungen um die Frage Krieg oder Frieden zurzeit nur noch eine marginale Rolle spielen. Angesichts der Gefahren aber, die überall auf der Welt lauern, ist das kaum zu verstehen. Diplomatische Anstrengungen, Kriegsherde zum Verglimmen zu bringen, bedürfen mehr

gesellschaftlichen Drucks, zum Beispiel im Hinblick auf die Ukraine, Libyen und Syrien. Die weitere Erhöhung von Militärausgaben sollte gestoppt und Waffenlieferungen unterbunden werden. Ein Abkommen der EU mit Russland über wirtschaftliche Kooperation wäre wohl wünschenswert. Die USA, Russland und China sollten wieder miteinander über Rüstungsbegrenzung verhandeln und Handelskriege einstellen und Sanktionen aufheben. Deutschland sollte sich an keinen Militäreinsätzen ohne UNO-Mandat nicht beteiligen.

Alles in allem zeigt sich, dass sich die Menschen in einer bürgerlichen Gesellschaft sehr für pragmatische Lösungen und weniger für abstrakte Visionen interessieren. Parteien streiten aber immer noch über politische Positionen und Prinzipien und weniger über konkrete Handlungsoptionen. Daraus resultierende Verbote und moralische Vorschriften bewirken das Gegenteil ihrer Absichten. Das schreckt viele Menschen ab. Deshalb verlieren die „Volksparteien“ an Zustimmung. Weil die AfD vorgeblich gegen solche Indoktrinationen auftritt, folgen ihr viele und übersehen dabei, dass sie Demagogen auf den Leim gehen, die auch keine wirklichen Lösungen anbieten, weshalb sie im Falle deren Machterlangung auch sehr erschrecken werden.

**Ich plädiere deshalb sehr für einen mehr parteiübergreifenden Pragmatismus. Weniger Worthülsen und ideologische Prämissen, aber mehr konkrete Angebote oder Vorschläge, die Bürgerinteressen aufgreifen. Die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements zur Lösung von Problemen ist ein Gebot der Stunde. Mit meiner Stimme werden deshalb künftig nur Parteien rechnen können, die konkrete parteiübergreifende Angebote machen, die die Interessen der Mehrheit der Bürger bedienen und die bereit sind, mit allen demokratischen Parteien kooperativ zusammenzuarbeiten.**

Berlin, 29.02.2020